

Inhalt:

Die 40. Landtagssitzung der XVII. Gesetzgebungsperiode	2
<i>Landtag spricht sich für bessere Rahmenbedingungen für Schulschikurse aus:</i> „Wir wollen junge Menschen für Wintersport begeistern!“	3
<i>Novelle des Wohnbauförderungsgesetzes im Landtag beschlossen:</i> Kostenintensive Leerstände können verringert werden!	4
<i>Zukunftsfitte Mobilität für die Region:</i> Landtag beschließt Regionalen Mobilitätsplan Südoststeiermark.....	5
<i>Jugendlandtag am 1. März 2019:</i> Junge Steirerinnen und Steirer als Landespolitiker	6
<i>Sicherheit großes Thema im Landtag:</i> Landesblaue mit Sinnlos-Forderungen	7
<i>Jahr der Rekorde für die steirische Wirtschaft</i> Wirtschaftsbericht 2017 im Landtag	8
Landtag Steiermark genehmigt Rechnungsabschluss 2017	9
<i>Novelle des Jugendgesetzes im Landtag beschlossen:</i> Vereinheitlichung des Jugendschutzes wird umgesetzt!	10
<i>Rechnungshofbericht zu Gemeindehaushaltsdaten:</i> Die Steiermark als Best Practice-Beispiel	11
Pflege und Gesundheit: Weitere Qualitätsverbesserungen beschlossen	13

Die 40. Landtagssitzung der XVII. Gesetzgebungsperiode

Die 40. Landtagssitzung der laufenden XVII. Gesetzgebungsperiode fand am 3. Juli 2018 statt. Es war die letzte von elf Sitzungen der Tagung 2017/2018.

Die Tagesordnung umfasste insgesamt 25 reguläre Punkte sowie sechs Nachtragstagesordnungspunkte. Es wurde eine Befragung an ein Mitglied der Landesregierung gerichtet. Drei Dringliche Anfragen wurden eingebracht.

Ein Auszug der wichtigsten Inhalte der Sitzung findet sich auf den kommenden Seiten.

Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

Landtag spricht sich für bessere Rahmenbedingungen für Schulschikurse aus:

„Wir wollen junge Menschen für Wintersport begeistern!“

In den letzten Jahren geht die Zahl der Schulschikurse zurück. Änderungen bundesgesetzlicher Vorschriften könnten Erleichterungen für die Durchführung bringen und diesem Trend entgegenwirken. Eine entsprechende Initiative der Zukunftscoalition wurde im Landtag einstimmig beschlossen.

Eine Studie mit dem Titel „Wintersportwochen an steirischen Schulen“ zeigt mehrere Gründe für die rückläufigen Zahlen bei Schulschikursen auf. Der Kostenfaktor spielt dabei jedoch eher eine untergeordnete Rolle. Vielmehr geht es um gesetzliche Rahmenbedingungen und Vorgaben, die die Durchführung erschweren, Verunsicherung beim Betreuungspersonal durch erhöhte Klagsbereitschaft bei Unfällen oder zu wenig Fortbildungsplätze für Schullehrerinnen und Schullehrer.

„Wir sind Herrn Mag. Dr. Gerd Egger sehr dankbar, dass er mit großem persönlichen Engagement eine Studie über Wintersportwochen an steirischen Schulen erstellt hat. Diese Studie zeigt viele Punkte auf, an denen man ansetzen kann, um Schulschikurse wieder attraktiver zu machen“, führt Bildungssprecher Detlev Eisel-Eiselsberg zum gemeinsamen Antrag von ÖVP und SPÖ aus.

Dieser enthält das Ersuchen an die Bundesregierung, eine Klausel der Schulveranstaltungsverordnung des Bundes zu ändern, die derzeit festlegt, dass eine Wintersportwoche nur dann stattfinden darf, wenn mehr als 70 Prozent der Schülerinnen und Schüler einer Klasse daran teilnehmen. Ebenso soll ein Passus dieser Verordnung hinterfragt werden der vorschreibt, dass Schulveranstaltungen in der ersten und zweiten Klasse Volksschule maximal fünf Stunden dauern dürfen. Bedenkt man die Anfahrtszeiten ist ein Schitag damit praktisch ausgeschlossen. Der Antrag der Zukunftscoalition enthält zudem das Anliegen, die Möglichkeiten für Lehrerinnen und Lehrer auszubauen, an Schifortbildungen teilzunehmen. Ein wichtiger Aspekt besteht auch in der Bewusstseinsbildung, um Unsicherheiten, was die rechtlichen Rahmenbedingungen für Aufsichtspersonen bei Wintersportwochen angeht, abbauen zu können.

„Wir wollen die Zahl der Schulschikurse wieder steigern und damit junge Menschen für den Wintersport begeistern. Wir wollen ein Hineinschnuppern ermöglichen, das etwa auch mit dem Drehen an gesetzlichen Schrauben gelingen kann. Denjenigen, die Schifahren oder einen anderen Wintersport im schulischen Kontext kennenlernen wollen, möchten wir das auch ermöglichen“, erläutert Eisel-Eiselsberg abschließend.

Novelle des Wohnbauförderungsgesetzes im Landtag beschlossen:

Kostenintensive Leerstände können verringert werden!

Der Landtag hat in seiner Sitzung eine Novelle des Wohnbauförderungsgesetzes beschlossen. Wohnungen, die mit Unterstützung durch Landesmittel errichtet oder saniert wurden, durften bisher ausschließlich an begünstigte Personen vergeben werden. Um lange und kostenintensive Leerstände zukünftig zu verringern, wurde eine Ausnahme von dieser Regel in das Gesetz aufgenommen.

Öffnung für Nichtbegünstigte unter bestimmten Voraussetzungen möglich

Als begünstigt gilt, wer volljährig ist, die Wohnung regelmäßig zu dringenden Wohnzwecken verwendet und ein bestimmtes Jahreseinkommen nicht überschreitet. Mit der Novelle des Wohnbauförderungsgesetzes bietet sich nun die Möglichkeit, geförderte Wohnungen zeitlich befristet auch an nichtbegünstigte Personen zu vermieten. Allerdings nur, wenn trotz mehrfacher nachweislicher Bemühungen seit mehr als sechs Monaten kein begünstigter Mieter gefunden werden konnte. Selbst dann ist diese Öffnung auf drei Jahre begrenzt und kann nach nochmaliger erfolgloser MieterInnen-Suche einmal für weitere drei Jahre verlängert werden.

Win-Win-Situation für alle Beteiligten

„Geförderte Wohnungen, die leer stehen bringen niemandem einen Nutzen. Ganz im Gegenteil, sie verursachen oft hohe Erhaltungskosten für die Träger oder die Gemeinden. Eine zeitlich befristete Öffnung dieser Wohnungen für nicht begünstigte Personen bringt gerade für strukturschwache Gebiete eine Win-Win-Situation: Vereine, Firmen oder Privatpersonen können eine leerstehende Wohnung nutzen, die jeweilige Gemeinde wird belebt und die Erhaltungskosten können abgedeckt werden.“, betont die Wohnbausprecherin der Steirischen Volkspartei Alexandra Pichler-Jessenko.

Die Novelle des Wohnbauförderungsgesetzes wurde mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ beschlossen.

Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

Zukunftsfitte Mobilität für die Region:

Landtag beschließt Regionalen Mobilitätsplan Südoststeiermark

2013 ist aus den Bezirken Feldbach und Radkersburg der neue Bezirk Südoststeiermark erwachsen. 2015 trat die Gemeindestrukturreform in Kraft. Diese umfassenden Veränderungen in den regionalen Strukturen machen die Weiterentwicklung und Zukunftsorientierung der Mobilität in der Südoststeiermark und darüber hinaus notwendig. Daher wurde über die letzten Jahre hinweg ein neuer Regionaler Mobilitätsplan intensiv unter Einbindung aller Beteiligten erarbeitet. „In seiner heutigen Sitzung hat der Landtag das vorgelegte Konzept mit breiter Mehrheit beschlossen“, verkünden die regionalen Abgeordneten der Steirischen Volkspartei Regionsvorsitzender Toni Gangl und Bezirksparteiobmann Franz Fartek im Rahmen der Landtagssitzung am Dienstag.

„Die neu entstandenen Räume und regionalen Zentren müssen effektiv und gut miteinander verbunden werden. Der Regionale Mobilitätsplan Südoststeiermark, den wir nach dem heutigen Beschluss mit aller Kraft in Umsetzung bringen werden, bildet die Grundlage dafür“, betonen die zwei Regions-Abgeordneten unisono.

Das Mobilitätskonzept enthält sowohl überregionale Anbindungen als auch neue Verbindungen innerhalb der Region. Abgedeckt werden alle Mobilitätsformen vom SchülerInnenverkehr über die öffentliche Verkehrsanbindung, Straßenprojekte bis hin zu neuen Formen wie der Implementierung eines Anruf-Sammeltaxis oder auch Radverkehrskonzepte.

„Mobilitätsformen verändern sich. Das Mobilitätsverhalten der Zukunft muss berücksichtigt werden. Neue Systeme wie Anruf-Sammeltaxis oder weitreichende Radverkehrskonzepte führen unsere Region in die verkehrspolitische Zukunft!“, betonen die Abgeordneten Gangl und Fartek abschließend.

Das sagen die Abgeordneten im Einzelnen zum neuen Mobilitätskonzept:

Regionsvorsitzender LAbg. Toni Gangl (VP): Neben dem regionalen und überörtlichen Angebot ist mir das Sammeltaxi ein Anliegen. Ab 2019 steht der Bevölkerung und den Gästen 365 Tage im Jahr und 24 Stunden am Tag ein Sammeltaxi zur Verfügung – ab vier Personen zu Tarifen des Öffentlichen Verkehrs. Wenn die Bevölkerung bereit ist, das neu eingerichtete Angebot anzunehmen, kann sogar das dritte oder das zweite Auto eingespart werden.

LAbg. Franz Fartek (VP): Ein zukunftsfähiger Regionaler Mobilitätsplan ist eine entscheidende Grundlage für sämtliche Standortentscheidungen. Ob für Familien, die in der Region leben möchten, für die Ansiedelung von Wirtschaftsbetrieben, für die Attraktivität des Tourismusstandortes oder die Erreichbarkeit von Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen.

Der Regionale Mobilitätsplan Südoststeiermark wurde mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, FPÖ und KPÖ beschlossen.

Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

Jugendlandtag am 1. März 2019:

Junge Steirerinnen und Steirer als Landespolitiker

Der Jugendlandtag bietet jungen Menschen in der Steiermark die Möglichkeit, mehr über die Funktionsweisen und Aufgaben von Politik zu erfahren und ihre Anliegen einzubringen. Am 1. März 2019 wird der nächste Jugendlandtag stattfinden. Das hat der Landtag in seiner letzten Sitzung auf Initiative der Jugendsprecher der Zukunftscoalition **einstimmig beschlossen**.

Im Hintergrund laufen bereits die Vorbereitungen. Ab Herbst 2018 sind die jungen Steirerinnen und Steirer im Alter von 16 bis 20 Jahren eingeladen sich aktiv einzubringen. Dann finden in den steirischen Regionen zwischen acht und 13 Regionaltreffen statt, bei denen sich die Jugendlichen inhaltlich auf den Jugendlandtag vorbereiten und thematische Schwerpunkte setzen, die sie gerne vertieft diskutieren möchten. Etwa 250 Jugendliche sollen über die ganze Steiermark verteilt erreicht werden. Sie einigen sich beim jeweiligen Treffen auf ihre Vertreter, die dann am Jugendlandtag selbst teilnehmen.

„Der Jugendlandtag ist ein enorm wichtiger Beitrag zur Beteiligung junger Menschen an der Politik. Die Jugendlichen lernen nicht nur die Abläufe parlamentarischer Diskussionen kennen, sie erfahren auch Diskussionen zu führen, Mehrheiten zu suchen und ihre Anliegen zu formulieren. Das ist gelebte politische Bildung“, erläutert VP-Jugendsprecher Lukas Schnitzer die Initiative.

Die 60 jungen „Abgeordneten“ kommen am 28. Februar 2019 in Graz zusammen, um die Themen aus den Regionaltreffen in Anträge zu gießen. Am 1. März nehmen sie schließlich neben den Landespolitikern in der Landstube Platz, um ihre Initiativen zu präsentieren und zu debattieren.

Schnitzer: „Ich freue mich schon auf die Diskussionen mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Jugendlandtags. Alle beschlossenen Anträge werden als Bericht in den Landtag eingebracht und in unseren Sitzungen behandelt.“

Nähere Informationen zum Jugendlandtag gibt es demnächst unter mitmischen.steiermark.at oder auf facebook.com/JugendlandtagSteiermark.

Sicherheit großes Thema im Landtag:

Landesblau mit Sinnlos-Forderungen

Ein Themenschwerpunkt der Landtagssitzung war die Sicherheit in der Steiermark. Die Abgeordneten diskutierten etwa über die Maßnahmen, die in der Steiermark gegen die Gefahren aus dem Internet – die sogenannte Cyber-Kriminalität – ergriffen werden. Da tut sich einiges: Die Polizisten werden in der Ausbildung auf die neuen Herausforderungen vorbereitet und entsprechend geschult. Es wird auf internationale Zusammenarbeit gesetzt, um auch Täter aus dem Ausland verfolgen zu können. Bei Bedarf sollen die rechtlichen Rahmenbedingungen rasch angepasst werden, um entsprechend gegen die Gefahren aus dem Netz vorgehen zu können und besonders stark wird im Bereich der Prävention gearbeitet. Denn wenn man weiß, welche Maschen die Internet-Betrüger draufhaben und wie man sich gegen Angriffe schützt, kann man vieles von vornherein verhindern.

Das alles passiert sehr zur Freude des Sicherheitssprechers der Steirischen Volkspartei, Lukas Schnitzer: „Die Landesregierung ist gemeinsam mit der Landespolizeidirektion hoch aktiv, um der immer größeren Gefahr der Cyber-Kriminalität entschlossen entgegen zu treten. Auch die Bundesregierung arbeitet sehr erfolgreich für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Durch die konsequente Arbeit von Landes- und Bundesregierung wird die Steiermark weiterhin ein sehr sicheres Land bleiben.“ Neben dem großen Lob spart Schnitzer aber auch nicht mit harter Kritik: „Im Gegensatz zu den positiven Initiativen, die in der Bundesregierung gesetzt werden, liegen die Freiheitlichen in der Steiermark mit ihren Anträgen ziemlich daneben.“

Und tatsächlich wundert man sich richtig, wenn man sich anschaut, welche freiheitlichen Anträge am Dienstag im Landtag zur Debatte standen. „Einrichtung von Notrufsäulen“ heißt es da etwa. Die Gemeinden sollen Notrufsäulen im Ort aufstellen, weil man bei einem Übergriff nicht so schnell ans Handy kommt, argumentiert die FPÖ. Um diese Wirkung tatsächlich erzielen zu können müssten die Notrufsäulen wie die sprichwörtlichen Schwammerln aus dem Boden schießen – und zwar immer genau dort, wo gerade etwas passiert.

„Da ist unser Steuergeld im Grenzschutz deutlich besser investiert als in freiheitlichen Sinnlos-Forderungen wie Notrufsäulen. Sicherheit ist ein ernstes Thema. Und gerade deswegen sollten sich die steirischen Blauen mit solchen Initiativen nicht lächerlich machen“, so Schnitzer.

Der Bericht der Landesregierung über Maßnahmen im Bereich Cyberkriminalität wurde mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, Grünen und KPÖ zur Kenntnis genommen.

Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

Jahr der Rekorde für die steirische Wirtschaft

Wirtschaftsbericht 2017 im Landtag

Wirtschaftslandesrätin Barbara Eibinger-Miedl legt dem Landtag Steiermark den Wirtschaftsbericht 2017 vor. Dieser zeigt, dass sich die heimische Wirtschaft im vergangenen Jahr sehr positiv entwickelt hat. Bei den Unternehmensgründungen verzeichnete die Steiermark einen neuen Höchststand, der jahrelange Rückgang bei den Lehrlingen konnte gestoppt werden. Außerdem hatte die Steiermark die beste Arbeitsmarktbilanz aller Bundesländer: dem stärksten Rückgang an Arbeitslosen (- 9,5%) stand der höchste Anstieg (+ 2,5%) und damit ein neuer Rekord bei den Beschäftigten gegenüber.

„Das vergangene Jahr lässt uns optimistisch in die Zukunft blicken. Die Stimmung in der Wirtschaft ist gut, unsere Betriebe haben wichtige Investitionen in den Wirtschaftsstandort getätigt und neue Arbeitsplätze geschaffen. Diesen Aufwärtstrend wollen wir fortsetzen, etwa indem wir heimische Unternehmen dabei unterstützen, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen“, so Landesrätin Eibinger-Miedl.

Rekord bei Unternehmensgründungen

Im abgelaufenen Jahr stieg die Zahl der Unternehmensgründungen auf 6.247 und erreichte damit einen neuen Rekordwert. Die meisten Gründungen waren, wie auch in den vergangenen Jahren, mit rund 90 Prozent Einzelunternehmensgründungen. Der Frauenanteil bei den Einzelunternehmen betrug 65,7 Prozent und lag damit deutlich über dem Österreichdurchschnitt (59,9 %).

Lehrlinge: Rückgang gestoppt!

Erfreuliche Nachrichten gibt es auch im Zusammenhang mit dem Fachkräftenachwuchs: 2017 gab es in der Steiermark erstmals seit 2009 keinen Rückgang bei den Lehrlingen. Am 31. Dezember 2017 waren 15.329 Lehrlinge in steirischen Unternehmen in Ausbildung.

Die Wirtschaftssprecherin der Steirischen Volkspartei, 2. Landtagspräsidentin Manuela Khom betont: „Nach vielen schwierigen Jahren für die heimischen Betriebe zeigt der Wirtschaftsbericht 2017 wieder einen deutlichen Trend nach oben. Unser Ziel ist es, im Landtag gemeinsam mit unserer Wirtschaftslandesrätin Barbara Eibinger-Miedl weiterhin daran zu arbeiten, die besten Rahmenbedingungen für die steirischen Unternehmen zu schaffen. Besonders erfreulich ist, dass die Lehrlingszahlen konstant geblieben sind. Eine Entwicklung, die wir weiterhin nach Kräften unterstützen wollen.“

Insgesamt hat das Wirtschaftsressort im vergangenen Jahr 2.414 Projekte mit einem Fördervolumen von 41,7 Millionen Euro unterstützt. Damit waren Investitionen der Unternehmen in den Wirtschaftsstandort Steiermark von insgesamt 284,7 Millionen Euro verbunden.

Der Wirtschaftsbericht 2017 wurde einstimmig angenommen.

Landtag Steiermark genehmigt Rechnungsabschluss 2017

Im Herbst 2016 hat die Landesregierung einen Budgetentwurf für das Jahr 2017 präsentiert, der vom Landtag im Dezember 2016 genehmigt wurde, und ein moderates Defizit auswies. Dieses wurde in Kauf genommen, um die Wirtschaft anzukurbeln und der Schaffung von Arbeitsplätzen Priorität einräumen zu können. Der Rechnungsabschluss zum Landesbudget 2017 wurde am 3. Juli 2018 im Landtag debattiert und genehmigt.

War im Budget noch eine Neuverschuldung von 346,1 Millionen Euro veranschlagt, konnte ein um 153,2 Millionen Euro besseres Ergebnis erzielt werden. Durch das gute Ergebnis ist es gelungen den Schuldenstand inklusive ausgegliederter Einheiten mit 4,626 Milliarden um 316,4 Millionen unter den geplanten 4,942 Milliarden Euro zu halten. Das budgetierte Nettoergebnis von 740,9 Millionen wurde mit 740,6 Millionen sehr genau eingehalten und sogar um 0,3 Millionen Euro unterschritten.

Die Erträge (Ergebnishaushalt) stiegen – trotz Mindereinnahmen im Ertragsanteilsbereich – um 27,5 Millionen Euro. Im Finanzierungshaushalt gibt es noch einige positive Sondereffekte wodurch das Ergebnis 257,5 Millionen Euro besser als erwartet liegt.

Der Rechnungsabschluss wurde mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ zur Kenntnis genommen und genehmigt.

Novelle des Jugendgesetzes im Landtag beschlossen:

Vereinheitlichung des Jugendschutzes wird umgesetzt!

Mit der vom Landtag am Dienstag beschlossenen Novelle des Jugendgesetzes wird ein Meilenstein gesetzt. Nach 35 Jahren ist es gelungen, sich auf einen einheitlichen Jugendschutz in Österreich zu einigen und die selben Ausgehzeiten für alle Jugendlichen zu schaffen. Die Einigung der Landesjugendreferentenkonferenz vom Juni 2018 wurde nun mittels Landtagsbeschluss umgesetzt.

Ab 1. Jänner 2019 dürfen junge Steirerinnen und Steirer unter 14 Jahren bis 23 Uhr ausbleiben und 14- bis 16-jährige bis 1 Uhr – also jeweils zwei Stunden länger als bisher. Gleichzeitig wird das Schutzalter beim Rauchen auf 18 Jahre angehoben und auf verwandte Produkte wie etwa E-Zigaretten ausgeweitet. Zudem gelten strengere Bestimmungen was den Alkoholkonsum angeht, wie etwa Zutrittsbeschränkungen für Lokalitäten in denen mit Lock- und „Flatrate“-Angeboten geworben wird.

Für die neuen Ausgehzeiten gab es im Vorfeld auch Kritik. Der Jugendsprecher der Steirischen Volkspartei im Landtag, Lukas Schnitzer, zeigte für bestehende Sorgen grundsätzlich Verständnis, verwies in diesem Zusammenhang jedoch auf die damit einhergehenden Präventionsmaßnahmen was Alkohol und Rauchen angeht sowie die Notwendigkeit strengerer Kontrollen der bestehenden Bestimmungen.

Er mahnte zudem mehr Eigenverantwortung ein: „Ein Gesetz kann nie alles lösen. Das, was dort geregelt wird ist ein Rahmen und sicher keine Ausgehpflicht. Die Entscheidung, wie lang ein Jugendlicher aus bleibt liegt bei den Eltern. Da möchte ich schon auch an die Eigenverantwortung der Eltern und der Jugendlichen appellieren. Man darf es sich ja nicht so vorstellen, dass das Ziel liberaler Ausgehzeiten ist, dass ein Vierzehnjähriger bis 23:00 Uhr in einer Bar sitzt, sondern es geht darum, wenn im Sommer das Fußballtraining einmal etwas länger dauert und ein Jugendlicher um 22:15 Uhr erst am Heimweg ist, dass er sich dann noch im Rahmen des Gesetzes bewegt.“

„In meiner Fortgehzeit waren wir Hartberger oft bei Festen im benachbarten Burgenland unterwegs. Dort durften wir mit 15 ganz legal bis beispielsweise halb eins bleiben, bei einer Kontrolle auf der Heimfahrt hätten wir ab der steirischen Grenze jedoch eine Strafe kassiert. Dass solche kuriosen Grenzfälle der Vergangenheit angehören ist ein wichtiger Erfolg“, betont Schnitzer abschließend.

Die Novelle des Jugendgesetzes wurde mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ beschlossen.

Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

Rechnungshofbericht zu Gemeindehaushaltsdaten:

Die Steiermark als Best Practice-Beispiel

Der Rechnungshof hat die Qualitätssicherung der Gemeindehaushaltsdaten in den einzelnen Bundesländern geprüft. Das Ergebnis: Die Steiermark arbeitet vorbildlich und wird sogar als Best Practice-Modell bezeichnet. Eine hohe Qualität der Gemeindehaushaltsdaten ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil aus ihnen etwa der öffentliche Schuldenstand abgelesen wird und sie die Grundlage für die Berechnungen des Finanzausgleichs darstellen.

Über 80 Prozent der Gemeindedaten ohne Fehler

Für die Erhebung der Daten hat die Statistik Austria einen Leitfaden vorgegeben. Die Steiermark ist eines von drei Bundesländern, das so umfangreiche Prüfungen durchführte, die sogar über die Kontrollanforderungen der Statistik Austria hinausgingen. Da die Steiermark eines von zwei Bundesländern war, in der die Überprüfung und Fehlerbereinigung der Rechnungsabschluss-Daten schon vor Beschlussfassung durch den Gemeinderat erfolgte, war sichergestellt, dass qualitätsgesicherte Daten an die Statistik Austria weitergeleitet wurden. So beinhalteten die Daten von über 80 Prozent der steirischen Gemeinden keine formellen Fehler, während dieser Wert in vier Bundesländern sogar unter 30 Prozent lag. Bei weniger als zehn Prozent der Gemeinden waren Nacherhebungen erforderlich. Diesen Wert erreichte neben der Steiermark mit Tirol nur ein weiteres Bundesland. In drei Bundesländern lag diese Zahl sogar bei über 30 Prozent.

Steiermark mit tollem Ergebnis im Bundesländervergleich

„Der Rechnungshofbericht über die Erhebung und Qualitätssicherung der Gemeindehaushaltsdaten enthält eine positive Beurteilung der Bundesländer Tirol und Steiermark. Der Anteil an Gemeinden ohne Fehler in den Haushaltsdaten liegt bei uns bei über 80 Prozent, Nacherhebungen waren bei unter zehn Prozent notwendig. Das ist im Vergleich der Bundesländer ein tolles Ergebnis! Ich darf in diesem Zusammenhang ein großes Kompliment an die Gemeindeabteilung und die Bezirkshauptmannschaften aussprechen, die sehr gute Arbeit leisten. Mein Dank gilt auch unserem Landeshauptmann und seinem Stellvertreter, die die politisch Verantwortlichen für unsere Gemeinden sind“, betonte Gemeindebundpräsident LAbg. Erwin Dirnberger im Zuge der Landtagsdebatte und fügte an die Oppositionsparteien gewandt hinzu: „Wenn ein Bericht Verbesserungsvorschläge beinhaltet wird von der Opposition immer gleich alles kritisiert. Hier gibt es nichts zu kritisieren, weil wir vorbildlich arbeiten und die klaren Vorgaben auch für die Gemeinden sehr positiv sind. Das ist im Rechnungshofbericht schwarz auf weiß festgehalten.“



Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

Opposition soll vorbildliche Arbeit anerkennen!

Die von Gemeindesprecher Erwin Dirnberger ausgesprochene Einladung an die Oppositionsparteien, sich auch einmal zu positiven Prüfergebnissen zu Wort zu melden, und die gute Arbeit der Landesregierung anzuerkennen, wurde nicht angenommen. Damit stellten sie einmal mehr unter Beweis, dass das ewige Kritisieren für die Landtags-Opposition den höchsten Stellenwert einnimmt.

Der Bericht des Rechnungshofes über die Qualitätssicherung der Gemeindehaushaltsdaten wurde einstimmig angenommen.

Pflege und Gesundheit: Weitere Qualitätsverbesserungen beschlossen

Der Landtag hat in seiner Sitzung ausführlich über die aktuellen Maßnahmen der Landesregierung in der Pflege debattiert. Hier ist in letzter Zeit einiges gelungen. Zudem wird die Umsetzung des RSG 2025 weiter vorangetrieben.

Pflege: Mehr Dienstposten, niedrigere Tarife für Kunden

Im Bereich der Mobilen Pflege trat mit 1. Juli 2018 ein neues Kliententarifmodell zusammen mit einer neuen Einkommensdefinition in Kraft. Außerdem werden die Tarife für Kundinnen und Kunden um rund 25 Prozent gesenkt. Forciert werden weiterhin attraktive Angebote und Hilfestellungen für pflegende Angehörige. Dazu gehört etwa das Case- und Caremanagement, das bereits beschlossen wurde und pilothaft in Graz, Deutschlandsberg, Hartberg-Fürstenfeld und Weiz in Umsetzung ist. Eine Ausrollung auf die ganze Steiermark ist – vorbehaltlich einer positiven Evaluierung und der budgetären Möglichkeiten – ab 2019 geplant. Darüber hinaus hat die Landesregierung im Juni neue Richtlinien für Tageszentren beschlossen, die Qualitätsstandards beinhalten, die mit allen maßgeblichen Stakeholdern des Pflegebereichs erarbeitet wurden.

„Dass bis 2020 800 Dienstposten mehr im Pflege- und Betreuungsbereich geschaffen werden ist ein wichtiger Meilenstein für weitere Qualitätsverbesserungen, den sogar die Volksanwaltschaft lobt. Für das Pilotprojekt ‚Case und Caremanagement‘ bin ich unserem Landesrat Christopher Drexler sehr dankbar, denn damit wurde eine wichtige Anlaufstelle geschaffen, an die sich pflegende Angehörige wenden können, wenn sie Hilfe brauchen“, erläuterte die Gesundheits- und Pflegesprecherin der Steirischen Volkspartei, Barbara Riener im Rahmen der Landtagsdebatte.

LKH Graz Mitte: Starkes psychiatrisch-geriatrisches Zentrum

Der Landtag hat eine Rahmenvereinbarung zwischen Land Steiermark, dem Gesundheitsfonds, dem Krankenhaus der Elisabethinen, dem Konvent der Barmherzigen Brüder Graz Marschallgasse und dem Neurologischen Therapiezentrum Kapfenberg genehmigt. Darin sind die Leistungen der Träger festgeschrieben, auf die man sich für die kommenden Jahre geeinigt hat. Außerdem sind gemäß dem Regionalen Strukturplan Gesundheit (RSG) Steiermark 2025 die weiteren Schritte und notwendigen baulichen Adaptierungen für die Entstehung des LKH Graz Mitte in der Vereinbarung enthalten. Das Krankenhaus der Elisabethinen und der Konvent der Barmherzigen Brüder – künftig ausschließlich am Standort Marschallgasse – bilden gemeinsam das LKH Graz Mitte.



Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

„Mit dieser Rahmenvereinbarung wird nun genau das in Umsetzung gebracht, was wir mit dem RSG 2025 schon vor einem Jahr beschlossen haben. Nämlich, dass die Elisabethinen und die Barmherzigen Brüder zusammen das LHK Graz Mitte bilden. Damit wird genau das starke Zentrum gewährleistet, das wir im psychiatrisch-geriatrischen Bereich brauchen“, so Barbara Riener.

Der Bericht über die aktuellen Maßnahmen im Pflegebereich wurde mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ angenommen. Die Rahmenvereinbarung mit den Trägern fand die Zustimmung von ÖVP, SPÖ, FPÖ und KPÖ.